Manifest für das Recht auf Nahrung
21. April 2023

Das Recht auf Nahrung wurde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 anerkannt, wo es heißt:

Artikel 11

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie, einschließlich ausreichender Ernährung, Kleidung und Wohnung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen an. Die Vertragsstaaten werden geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die wesentliche Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage freier Zustimmung an.

2. Die Vertragsstaaten werden in Anerkennung des Grundrechts eines jeden, nicht zu hungern, einzeln und in internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich spezifischer Programme, ergreifen:
   (a) die Methoden der Erzeugung, Erhaltung und Verteilung von Nahrungsmitteln zu verbessern, indem sie die technischen und wissenschaftlichen Kenntnisse in vollem Umfang nutzen, das Wissen über die Grundsätze der Ernährung verbreiten und die landwirtschaftlichen Systeme so entwickeln oder reformieren, dass eine möglichst wirksame Entwicklung und Nutzung der natürlichen Ressourcen erreicht wird;
   (b) Berücksichtigung der Probleme sowohl der nahrungsmittelimportierenden als auch der nahrungsmittelexportierenden Länder, um eine gerechte Verteilung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung im Verhältnis zum Bedarf zu gewährleisten.

Wir, das sind mehr als 60 Akteur:innen aus den Bereichen landwirtschaftliche Produktion, bäuerliche Landwirtschaft[1], Agrarökologie, Verarbeitung, Lebensmittelhandwerk, Vertrieb, Gastronomie, Konsum, Sozial- und Lebensmittelhilfe, Sozial- und Solidarwirtschaft, Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima, Mitglieder der Zivilgesellschaft und akademische Expert:innen trafen uns am 19., 20. und 21. April 2023 im Refettorio in Genf anlässlich eines von der Fondazione MATER in Zusammenarbeit mit FIAN Schweiz, der Global Shapers Community, der Fondazione Pistoletto und dem Social Gastronomy Movement organisierten Forums und verabschiedeten dieses Manifest.

Paradigmenwechsel: Von der Nahrungsmittelhilfe zum Recht auf Nahrung

Die Gewährleistung des Rechts auf Nahrung erfordert einen Paradigmenwechsel. Es muss nicht nur das Recht garantiert werden, vor Hunger geschützt zu sein (durch Nahrungsmittelnothilfe als Sach- oder Geldleistung), sondern das Recht aller Menschen auf regelmäßigen, ständigen und freien Zugang zu quantitativ und qualitativ angemessener und ausreichender Nahrung muss respektiert, geschützt und in vollem Umfang verwirklicht werden, um ein individuelles und kollektives, befriedigendes und würdiges geistiges und körperliches Leben zu gewährleisten.

Damit dieser Paradigmenwechsel gelingt, muss ein System geschaffen werden, das insbesondere verhindert, dass die Ernährung eine Anpassungsvariable im Budget von Einzelpersonen oder

---

[1] Die bäuerliche Landwirtschaft ermöglicht es möglichst vielen Bäuerinnen und Bauern im ganzen Land, von ihrem Beruf anständig zu leben, indem sie auf überschaubaren Betrieben gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel produzieren, die für alle zugänglich sind, ohne künftige Generationen und die natürlichen Ressourcen zu gefährden.

Haushalten darstellt. Stattdessen muss sichergestellt werden, dass eine qualitätsvolle und nachhaltige Ernährung für die gesamte Bevölkerung zugänglich ist. Wir müssen allen Formen der Diskriminierung ein Ende setzen, auch der mehrfachen und sich überschneidenden Diskriminierung.

Gesetze, Politik und partizipative Gremien

Die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erfordert, anschliessend an partizipative Prozesse, die Verabschiedung von Gesetzen über das Recht auf Nahrung und von bereichsübergreifenden Ernährungspolitiken mit einem finanziellen Engagement des Staates. Diese Gesetze, Politiken und die sich daraus ergebenden Aktivitäten müssen auf den Grundsätzen der Menschenrechte beruhen: Partizipation, Rechenschaftspflicht, Nichtdiskriminierung, Transparenz, Menschenwürde, Handlungskompetenz, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität («PANTHERS» in englischer Abkürzung).

Zur Unterstützung dieser Prozesse sollen partizipative und paritätische Gremien - Ernährungsräte oder Ernährungskommissionen - gebildet werden, die die Ausarbeitung und anschließende Umsetzung der Gesetze und der Ernährungspolitiken unterstützen. Zudem müssen neue fach- und departementsübergreifende Einheiten innerhalb der Verwaltungen geschaffen werden, die für Fragen zu Ernährung und nachhaltigen Lebensmittelsystemen zuständig sind.

Die partizipativen Gremien sollen sich insbesondere aus Vertreter:innen unterschiedlicher staatlicher Ebenen sowie Akteur:innen zusammensetzen, die in den Bereichen landwirtschaftliche Produktion, bäuerliche Landwirtschaft, Agrarökologie, Verarbeitung, Lebensmittelhandwerk, Vertrieb, Gastronomie, Konsum, Sozial- und Lebensmittelhilfe, Sozial- und Solidarwirtschaft, Schutz von Menschenrechten, Umwelt, Klima und Tieren tätig sind. Auch Gewerkschaften und Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen, Kindern und Migrant:innen einsetzen, Vertreter:innen des Gesundheits- und Bildungswesens sowie akademische Sachverständige sollten dazu gehören. Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, die eine umfassende und wirksame Beteiligung von Bäuerinnen und Bauern sowie von Menschen in Ernährungsunsicherheit gewährleisten.

Bestehende staatliche Strukturen und Prozesse haben bei der Schaffung und beim Wirken dieser neuen Gremien eine Rolle zu spielen. Die Erfahrungen von Gremien in verschiedenen Ländern, die für die Unterstützung der Entwicklung anderer Politiken zuständig sind, z. B. in den Bereichen Kultur und Wohnungsbau, bieten Beispiele für die Schaffung solcher partizipativen und paritätischen Gremien.

Lokale Produktion, faire Preise, bäuerliche Landwirtschaft und Agrarökologie

Die Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen an der Ausarbeitung der Gesetze zum Recht auf Nahrung und der Ernährungspolitiken ist nach den Grundsätzen der Ernährungssouveränität unerlässlich und muss gewährleistet werden.

Um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen, muss der Staat eine bäuerliche, diversifizierte, soziale und agrarökologische Landwirtschaft fördern, die hochwertige Lebensmittel produziert, die biologische Vielfalt schützt und gesunde Arbeitsbedingungen garantiert. Dazu ist es notwendig, ihren Zugang zum Markt zu fördern und Partnerschaften jenseits der Wettbewerbslogik aufzubauen, indem die Beziehungen zwischen Landwirt:innen und Verbrauchenden wiederhergestellt werden. Wir müssen die Ernährung auf der Grundlage der Ernährungsdemokratie zu einem Gemeingut machen.

Der Staat hat das Recht und die Pflicht, ehrgeizige Beschaffungskriterien für alle öffentlichen Lebensmitteleinkäufe festzulegen, die den Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen gewährleisten und zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine gerechte Entlohnung der Bäuerinnen und Bauern ermöglichen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Sektor fördern. Für die Produkte der bäuerlichen Saisonlandwirtschaft müssen faire Preise garantiert werden, wobei die für alle zugängliche lokale Produktion zu bevorzugen ist.

Der Staat muss die physische Zugänglichkeit von Lebensmitteln sicherstellen, einschließlich des nahen Zugangs zu frischen Qualitätsprodukten aus der bäuerlichen Landwirtschaft und kurzen Versorgungsketten sowie zur notwendigen Infrastruktur für das Kochen, die Zubereitung und die Verarbeitung von Lebensmitteln am Arbeitsplatz. Er muss auch die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln durch transparente, ausgehandelte Preise gewährleisten, die gleichzeitig den Bäuerinnen und Bauern, den Landarbeiter:innen und anderen Akteur:innen der Lebensmittelkette menschenwürdige Einkommen und angemessene Löhne garantieren. Schließlich muss er die ernährungsphysiologische, soziale und kulturelle Angemessenheit von Lebensmitteln sicherstellen, indem er eine Auswahl entsprechend den körperlichen Bedürfnissen und Lebensmittelpräferenzen garantiert.

Die landwirtschaftliche Ausbildung soll das Erlernen von agrarökologischen Praktiken fördern. Die landwirtschaftlichen Böden müssen geschützt und ihre Regenerierung gefördert werden. Grundstückstransaktionen müssen begleitet und deren Transparenz muss eingefordert werden. Das Recht auf Land und das Recht auf Saatgut für Bäuerinnen und Bauern muss garantiert werden.[2] Die Autonomie der Bäuerinnen und Bauern, auch in Bezug auf Technologie, muss gefördert werden.

Der Staat muss alle Akteure des Agrar- und Ernährungssektors dazu verpflichten, ihre Preise und Gewinnspannen transparent auszuweisen, um den Verbraucher:innen die tatsächlichen Kosten der Lebensmittel vor Augen zu führen und die Ungerechtigkeiten, Gewinner und Verlierer in der Lebensmittelkette aufzuzeigen.

Lebensmittelketten und Vertriebskanäle

Unsere Lebensmittelketten sind globalisiert, ungerecht und nicht nachhaltig. Dies führt zu Asymmetrien zwischen der lokalen bäuerlichen Produktion, die fragmentiert und marginalisiert ist, und einem industriellen Agrar- und Lebensmittelsystem, das die Macht in den Händen weniger Akteure konzentriert und aus diesem Machtverhältnis Profit schlägt. Diese Situation wird dadurch verschärft, dass Lebensmittelverkauf und Gastronomie nach Zielgruppen und sozialen Schichten segmentiert sind.

Es muss darauf hingearbeitet werden, den Kampf gegen die Verschwendung von der Lebensmittelhilfe abzukoppeln. Die Absatzkanäle und die Gastronomie von morgen müssen integrativ, universell, partizipativ und ermächtigend sein. Wir müssen die Kontrolle über die Lebensmittelketten demokratisieren.

Die Verteilungskanäle für Lebensmittelhilfe müssen die Solidaritätsstrukturen von morgen begleiten, indem sie sich selbst umgestalten, ihre Kompetenzen, ihr Know-how und ihre Ressourcen umwandeln und umverteilen. Diese neuen Strukturen müssen auf Transparenz, gemeinsamer Verwaltung und ausgewogenen Machtverhältnissen beruhen. Sie müssen im Dienst einer besseren Artikulation der bestehenden Strukturen und gerechter und erfüllender Arbeitsbedingungen stehen. Sie müssen auch die planetarischen Grenzen und alles Lebendige respektieren.

Verringerung der Lebensmittelverschwendung, Verwertung und Aufwertung von überschüssigen und unverkauften Lebensmitteln

Der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung muss Teil einer vom Staat finanzierten Politik sein. Die Erziehung gegen Lebensmittelverschwendung muss in den Schulen obligatorisch sein. Sie muss in den Berufen der Agrar- und Ernährungswirtschaft und des Gastgewerbes gezielt erfolgen. Außerdem müssen der breiten Öffentlichkeit durch verschiedene Sensibilisierungsmaßnahmen konkrete Lösungen angeboten werden.

Die Vernichtung von unverkauften Lebensmitteln in Supermärkten muss verboten werden. Der

---

[2] Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Bäuerinnen und Bauern und anderen auf dem Land Beschäftigten, die 2018 verabschiedet wurde, anerkennt die Rechte von Bauern und Bäuerinnen auf Land und auf Saatgut in den Artikeln 5, 17 und 19.

Mehrfach-Rabattverkauf, der zu übermäßigem Konsum anregt, muss verboten werden, während die Rabattierung einzelner Produkte weiterhin zulässig sein kann.

Die gewerbliche Gastronomie muss weiterhin Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen durchführen.

Die Verbrennung von organischen Abfällen muss verboten und die Wiederverwertung von Rüstabfällen für die Methanisierung/Kompostierung vorgeschrieben werden. Einrichtungen zur Wiederverwertung müssen in Wohnhäusern, Restaurants und Supermärkten obligatorisch sein, was von den zuständigen Behörden zu kontrollieren ist.

Um zu verhindern, dass Lebensmittel zu Abfall werden, muss eine starke Zusammenarbeit zur Einsammlung und Verteilung von Überschüssen gefördert werden, insbesondere auf der Ebene der Haushalte, landwirtschaftlichen Betriebe, Supermärkte, Schulen und Restaurants, unabhängig vom sozialen Status.

Die Verschwendung muss reduziert werden, indem die Aufwertung von übergroßen oder beschädigten Produkten durch ursprüngliche Zubereitungs- und Konservierungstechniken wie Fermentierung, Trocknung und Herstellung von Kompost/Biogas und Tierfutter gefördert wird.

Catering, Bildung, Ernährung und Lebensmittelumfeld

Die öffentliche Verpflegung in Schulen und Institutionen muss angemessenes Essen und bedingungslosen Zugang bieten. Die Schulung des Personals der öffentlichen Verpflegung in nachhaltiger Küche soll Vorrang erhalten.

Die Schulverpflegung muss einen diskriminierungsfreien und menschenwürdigen Zugang zum Essen gewährleisten. Ziel ist es, allen Vorschul- und Schulkindern eine kostenlose tägliche Mahlzeit zu garantieren, wobei der lokalen und saisonalen bäuerlichen Landwirtschaft Vorrang eingeräumt wird.

Ernährungbildung muss auf allen obligatorischen Schulstufen unterrichtet werden. Der Ausbildung der Lehrkräfte dieser Schulstufen in nachhaltiger Ernährung muss höhere Priorität eingeräumt werden.

Ganz allgemein ist für ein Lebensmittelumfeld zu sorgen, das angemessene Lebensmittelwahlen fördert. Nährwert- und Nachhaltigkeitsinformationen auf den Lebensmitteln müssen klar sein. Diese Informationen dürfen nicht durch das Marketing verwischt werden, insbesondere nicht bei hochverarbeiteten Produkten.

Nachhaltige Lebensmittel mit hohem Nährwert müssen leichter zugänglich gemacht und hervorgehoben werden, indem die Angebotsstruktur in Lebensmittelgeschäften und Cafeterias verändert wird, indem beispielsweise weniger ultraverarbeitete Lebensmittel in der Nähe der Kassen angeboten werden.

Alle bestehenden Strategien im Bereich der öffentlichen Gesundheit und die verfügbaren wirtschaftlichen Maßnahmen, einschließlich Subventionen, Beihilfen und Steuern, müssen genutzt werden, um den Konsum geeigneter Lebensmittel zu fördern.

Wir müssen weiter mobilisieren, um das Recht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität zu verteidigen und zu fördern!